

„ICGS“ - Studiengebühren & Auslese durch die Hintertür

Um Loyalität hatte Präsident Lütjhe die Studierenden gebeten anlässlich der Eröffnungsveranstaltung des International Center for Graduate Studies, kurz ICGS. Diese Loyalität aber wurde ihm versagt. Die Studierenden sprachen sich lautstark und mit Transparenz gegen Studiengebühren, Zwei-Klassen-Bildung und Privatisierung der Hochschulen aus. Mit Semesterbeginn startet nun die Vorlaufphase von "Lütjhes liebstem Kind". Im Wintersemester 1999/2000 geht's mit dem kompletten Programm los. Jeweils 30 Studierende aus "wirtschaftlich dynamischen Regionen" der Welt haben damit die Möglichkeit, gegen harte Währung "exzellente" Ausbildung zu genießen. Zielgruppe dieser exzellenten Idee sind "besonders qualifizierte ausländische Studierende, die sich bis jetzt noch nicht für ein Studium in Deutschland entschieden haben".

Dieser hehre Anspruch ist nicht zu verwechseln mit offenen Grenzen für Studierende, es sollen schließlich nicht alle kommen, sondern nur diejenigen, die neben dem entsprechenden Geld (1.500,- DM/Monat) auch den entsprechenden Background mitbringen, oder wie Jürgen Lütjhe es ausdrückt: "Ausländische Studierende, die in Deutschland studiert

haben, sind für die Kooperation mit ihrem Heimatland gar nicht hoch genug einzuschätzen und zwar unter gesellschaftlichen, kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten." Offen Märkte statt offener Grenzen also. Übrigens sorgt auch ein Herr Habibie, Ministerpräsident von Indonesien, ehemals Student der TU Aachen für politische und wirtschaftliche Kooperation.

Was aber beinhaltet denn nun das ICGS-Konzept?

■ Ausgewählte Studierende, die den „ersten Abschluß“ (Bachelor) bereits hinter sich haben, dürfen gegen oben erwähnte Zahlung eigens zusammengestellte fachübergreifende Studienprogramme, wie etwa die Programme „Interkulturelle Studien“ oder „Law and Economics“ absolvieren und nach vier Semestern den Mastertitel erwerben. Überdies erhalten sie spezielle Betreuungsprogramme, wie Intensiv-Sprachkurse, Tutorien und Kulturprogramme, außerdem ein eigenes, noch zu bauendes Wohnheim, das sogenannte Kolleggebäude.

■ Jeder und jedem Studierenden wird ein Prof als Mentor zuge-

In dieser Ausgabe

5 Jahre JUKO & 1 Jahr
AMS S. 2

Studiengebühren verfas-
sungswidrig? S. 3

Reaktionäre an der Uni
S. 5

Studierendenkämpfe
international S. 7



„Es gibt nichts Gutes, außer man tut es“, meinte schon Erich Kästner. In JUKO-AMS haben sich StudentInnen der Hamburger Uni und der HWP zusammengeschlossen, die damit anfangen, etwas zu tun.

JUKO-AMS ist die Hamburger Gruppe der vor einem Jahr im großen Streik gegründeten bundesweiten Assoziation Marxistischer StudentInnen (AMS). In ihr haben sich Menschen zusammengeschlossen, die unterschiedlichen (oder keinen) marxistischen Parteien und Organisationen angehören, und die sich auf verschiedene Traditionen des revolutionären Marxismus beziehen.

Wir lehnen die Ausrichtung der Hochschulen auf die Interessen der Konzerne ab. Sponsoring, private Finanzierung usw. stehen unserem Ziel einer fortschrittlichen Bildung und Forschung im Interesse der Mehrheit

ordnet, mit dem die AbsolventInnen eine individuelle, verbindliche Studienvereinbarung abschließen müssen. Die Studien- und Prüfungsordnungen gilt für sie nicht. In der Vereinbarung verpflichten sie sich, den individuell festgelegten Studienanforderungen nachzukommen, sonst droht (nach einem Beratungsgespräch) die „Versagung der Fortsetzung des Studiums“, also die Zwangsexmatrikulation.

- In begrenzten Umfang sollen auch deutsche Studierende nach dem ersten Abschluß zugelassen werden. Damit wird, wie Löhjke sagt, „ein Studienangebot mit besonders anspruchsvollen Zugangsbedingungen geschaffen und dessen Akzeptanz durch deutsche Studierende erprobt“. Also ein Testfeld für die Akzeptanz vor allem von Studiengedehnten, Gestuften Abschlüssen und Studienverschärfungen.
- Das Leistungspunktsystem (Credit Points) wird natürlich für das ICGS eingeführt, womit Löhjkes „Studienreformenanstrengungen“ für die Uni nun über den Umweg ICGS umgesetzt werden sollen.
- Die Studienprogramme sind zwar interdisziplinär angelegt, ermöglichen aber vermutlich trotzdem nicht den Blick über den Rand des Herrschaftswissens hinaus bzw. sind wie das Molecular Understanding of Life-Sciences-Programm (Genetechnik!) direkt an Marktverwertung ausgerichtet.
- Das ICGS ist nicht etwa öffentlich-rechtlich, sondern als Stiftung des Privatrechts organisiert. Das bedeutet u.a., daß die Leitung nicht einem demokratisch gewählten Gremium obliegt, sondern einem „bestellten“ Vorstand.
- Finanziert werden soll das ICGS neben den Beiträgen der Studierenden durch Drittmittel (v.a. Anschubfinanzierung). Hierfür werden noch Sponsoren gesucht, während für den Bau des Kolleggebäudes ein Investor bereits gefunden sein soll.



Am 28. November 1993 traf sich eine Handvoll junger Leute und gründete die Gruppe „Junge KommunistInnen“, schnell als „JUKO“ abgekürzt, ein Zusammenschluß junger Mitglieder der DKP und mit ihr Sympathisierender. Mit verschiedenen Aktivitäten machten sie schnell auf sich aufmerksam, so initiierten sie die erste Busfahrt zur Liebknecht-Luxemburg-Demonstration in Berlin, die seither in jedem Januar stattfindet, mittlerweile ausgerichtet von einem breiteren Bündnis.

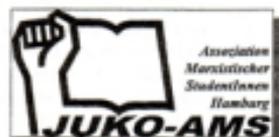
Die Gruppe war als DKP-Hochschulgruppe organisiert, doch es dauerte bald drei Jahre, bis sie den Schritt wagte und als eingeschriebene Gruppe an der Hamburger Uni aktiv wurde.

Schnell wurde die Arbeit an der Uni zu dem Schwerpunkt der Aktivitäten, bis sich schließlich praktisch zwei Gruppen herausbildeten: eine, die an der Hochschule wirkte und eine zweite von nicht (mehr) studierenden Mitgliedern, die sich auf die Arbeit außerhalb der Uni konzentrierte. Gleichzeitig beteiligte sich JUKO auch von Anfang an bei der Herausbildung einer bundesweiten Zusammenarbeit und Organisation der marxistischen StudentInnen, aus der vor einem Jahr, im November 1997, die „Assoziation Marxistischer StudentInnen“ (AMS) entstand.

Die JUKO-Hochschulgruppe kandidierte im Januar 1997 erstmals zum Studierendenparlament und errang auf Anhieb einen Sitz, den sie ein Jahr später mit deutli-

chen Stimmengewinnen verteidigen konnte.

Im Rahmen des Uni-Streiks Ende vergangenen Jahres verbreiterte sich die Basis der JUKO an der Uni zusehends. Mehr Leute stießen dazu, Mitglieder anderer marxistischer Organisationen und parteilose GenossInnen. Die Gruppe wurde mehr als „nur“ die Hochschulgruppe einer Partei, sie wurde ein echtes Bündnis von StudentInnen, die sich am revolutionären Marxismus orientieren. Also wurde im Sommer diesen Jahres der Schritt ge-



macht, die Gruppe als JUKO-AMS auch in ihrer offiziellen Struktur den neuen Gegebenheiten anzupassen. Eine überparteiliche revolutionär-marxistische Gruppe ist entstanden, Hamburger Gruppe der bundesweiten AMS. An ihr beteiligen sich neben den „Jungen KommunistInnen in der DKP“ die „Studierenden im RSB“, Mitglieder der SAV und parteilose GenossInnen - eine fruchtbare Zusammenarbeit, die frühere Gräben zwischen den Organisationen überwindet.

5 Jahre hat JUKO und ein Jahr hat die AMS jetzt hinter sich - und beide haben noch viel vor.

Studiengebühren in Baden-Württemberg: Verfassungswidrig?

Der Verwaltungsgerichtshof Mannheim hält das Baden-Württembergische Haushaltsstrukturgesetz von 1997, in dem „Einschreibe- und Rückmeldegebühren“ von 100 DM pro Semester festgeschrieben sind, für verfassungswidrig und legt es deshalb dem Bundesverfassungsgericht zur Prüfung vor. Begründung: Eine Rückmeldung verursache Kosten von höchstens 20 DM. Die Hochschulen dürften auf diese Weise auch nicht finanzielle Vorteile, die aus dem StudentenInnenstatus resultieren, abschöpfen, da es sich hier bei

um Leistungen Dritter handle: Wohnheimplätze und Menssaessen des Studentenwerkes beruhen auf dem Sozialbeitrag, Ermäßigungen werden von Kommunen oder kommerziellen Unternehmen gewährt und Baßog und Kindergeld werden aufgrund eines Bundesgesetzes gezahlt. Diese Leistungen seien nicht dazu da, mittelbar dem Landeshaushalt auszuweichen. Genau das hatte die baden-württembergische Landesregierung aber mit dem Gesetz vor: die zusätzlichen Gebühren sollten nicht etwa den Unihalt aufstocken, sondern die Zuweisungen des Landes an die Universitäten wurden um die gleiche Summe gekürzt. Der Vollzug des Gesetzes wurde

ausgesetzt, d.h. es werden bis zur endgültigen Klärung durch das BVerfG keine Rückmeldegebühren von 100 DM mehr eingezogen. Allerdings weigert sich der baden-württembergische Wissenschaftsminister von Trotha (CDU) bisher, das auch für dieses Wintersemester schon von einem Teil der Studierenden gezahlte Geld zurück zu überweisen.

Doch die Rückmeldegebühren sind noch nicht alles, was das Land Baden-Württemberg den Studierenden zumuten will: jeder, der/die die Regelstudienzeit um mindestens vier Semester überschreitet

gezwungen sind.

Im Gegensatz zum Gerichtsentcheid kommt eine von der GEW in Auftrag gegebene Studie zu der Auffassung, die Studiengebühren seien aus verschiedenen Gründen verfassungswidrig: es handle sich um eine unzulässige Rückwirkung, denn die Regelung sei für bereits immatrikulierte Studierende erst nach deren Studienbeginn eingeführt worden. Außerdem würde das Grundrecht der Berufsfreiheit über-



bei den Leistungen Dritter handle: Wohnheimplätze und Menssaessen des Studentenwerkes beruhen auf dem Sozialbeitrag, Ermäßigungen werden von Kommunen oder kommerziellen Unternehmen gewährt und Baßog und Kindergeld werden aufgrund eines Bundesgesetzes gezahlt. Diese Leistungen seien nicht dazu da, mittelbar dem Landeshaushalt auszuweichen. Genau das hatte die baden-württembergische Landesregierung aber mit dem Gesetz vor: die zusätzlichen Gebühren sollten nicht etwa den Unihalt aufstocken, sondern die Zuweisungen des Landes an die Universitäten wurden um die gleiche Summe gekürzt. Der Vollzug des Gesetzes wurde

ten hat, muß Studiengebühren von 1000 DM pro Semester bezahlen. Auch hiergegen haben Studierende geklagt. Doch das Verwaltungsgericht Karlsruhe hat eine Klage jetzt negativ entschieden: Die Studiengebühr als „Steuerungsinstrument für ein zielgerichtetes Studium“ sei zulässig. Die vom Gesetzgeber behauptete Zielsetzung einer Verkürzung der Studienzeiten liege „durchaus auch im öffentlichen (...) Interesse“. Die von den klagenden Studierenden als Argument angeführte „unbillige Härte“ liege nur dann vor, wenn etwa „die Zahlung den Konkurs herbeiführt oder sonst zur Existenzvernichtung führen kann“, und nicht, wenn, wie in diesem Fall, die Studierenden zur Aufnahme eines Kredits

eingeschränkt, da Zweifel bestünden, ob mit den Maßnahmen der Studiengebühren der angestrebte Zweck (Verkürzung der Studiendauer) zu erreichen sei bzw. ob die Maßnahmen dem Zweck überhaupt förderlich seien. Die Erhebung von Studiengebühren verstoße jedenfalls gegen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Auch einen Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz stellt die Studie fest: es müsse zwischen einzelnen Studiengängen sowie zwischen Studierenden, die ihre gesamte Zeit dem Studium widmen können, und Studierenden, die dieses nicht können, differenziert werden.

Es bestehen noch Chancen, daß die Studiengebühren auf gerichtlichem

Fortsetzung Seite 4

Wege gestoppt werden, da, so die Richter, in einem vorläufigen Rechtsschutzverfahren noch nicht alle strittigen Fragen abschließend geklärt seien, und somit „die Erfolgsaussichten im noch durchzuführenden Hauptsacheverfahren (...) allenfalls offen“ seien.

Offen ist auch, ob die Studiengebühren noch auf politischem Wege zu Fall gebracht werden. Immerhin gibt es Wahlkampfversprechen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, ein zumindest zeitlich befristetes Verbot von Studiengebühren im Hochschulrahmengesetz zu verankern. Es ist jedoch zumindest fraglich, ob dieses Versprechen eingelöst wird. Spätestens nach einem „Kassenssturz“ wird die neue Regierung

die meisten Versprechen über Bord werfen. Auf jeden Fall vergrößern sich die Chancen, ein Verbot von Studiengebühren zu erreichen, wenn von Studierenden politischer Druck entfacht wird. Doch leider sind bisherige Boykottversuche gegen die Rückmeldegebühren in Baden-Württemberg gescheitert, obwohl die Studierendenvertreter sich ein schlaues Mittel haben einfallen lassen: das sogenannte Treuhandkonto. Das funktioniert so: die Studierenden werden aufgefordert, das Geld statt auf das Konto der Uni auf das Treuhandkonto der Studierendenvertretung zu überweisen. Wenn die Boykottzahlen ein bestimmtes Quorum überschreiten (landesweit 20%, an der Uni Freiburg 30%) werden die Gelder an die Studis zurücküberwiesen. Wenn das Quorum nicht erreicht wird, wird das Geld an die Uni weitergeleitet. Auf diese Weise besteht nicht die Gefahr, daß bei zu geringen Boykottzahlen die boykottierenden Studis Nachteile haben. Landesregierung oder Unileitung werden sich aber kaum trauen, 20 bzw. 30% der Studierenden zu ex-

matrikulieren.

Angesichts des Scheiterns dieser Aktion stellt sich die Frage, wie überhaupt noch wirksamer Protest entfaltet werden kann. Die Salami-taktik der Regierungen, d.h. die Schaffung vollendeter Tatsachen ohne einheitliche Regelung mittels schrittweiser Einführung von Studiengebühren in einzelnen Bundesländern und höherer Gebühren zunächst nur für Langzeitstudierende, scheint aufzugehen. Damit wird ein gemeinsames bundesweites Vorgehen von Studierenden gegen Studiengebühren erschwert. Doch gerade jetzt nach dem Regierungswechsel böten sich noch Möglichkeiten, eine Festschreibung des Verbots von Studiengebühren im Hochschulrahmengesetz zu erreichen, wenn nur genügend Druck auf die neue Regierung ausgeübt würde.

Stellen wir die zukünftige rot-grüne Bundesregierung auf die Probe, damit sie wenigstens eines ihrer Wahlversprechen erfüllt!

Auch die Präsidenten der Hamburger Hochschulen sprechen sich nicht mehr grundsätzlich gegen Studiengebühren aus. So HWP-Präsident Lothar Zechlin: „Was nichts kostet, gilt nichts“ (MoPo vom 5.9.98). Dieses Argument geht jedoch komplett an der Realität vorbei: wenn Studierende neben den Lebenshaltungskosten auch noch Studiengebühren zahlen müssen, müssen sie noch mehr nebenbei arbeiten und haben somit noch weniger Zeit, sich auf ihr Studium zu konzentrieren.

Mit dem International Center for Graduate Studies (ICGS) wird in Hamburg jetzt eine Hochschule eröffnet, für die Studiengebühren von 1500 DM im Monat gezahlt werden sollen (siehe S. 1). Das ICGS gilt als Vorzeigebjekt und hat somit eine Vorreiterfunktion für die zukünftige Entwicklung.

In anderen europäischen Ländern werden die Studierenden ebenfalls zur Kasse gebeten (siehe S. 7).

KURZ & GLOBAL

Britannien: Sozialistische Studierendenorganisationen wie die Campaign for Free Education und Save Free Education planen für den 18. November eine landesweite Demonstration in London gegen die Einführung von Studiengebühren und die Streichungen von Unterstützungsgeldern durch die „sozialdemokratische“ Blair-Regierung. (Workers Liberty, Sep. 98)

Indonesien: In der Stadt Surabaya feuerte die Polizei „Warnschüsse“ in die Richtung einer Demonstration von mehr als 2.000 StudentInnen, welche für den Rücktritt von Präsident Habibie (Absolvent der RWTH Aachen) auf die Straße gegangen waren. Im Mai war der seit 1965 diktatorisch regierende Präsident und treue Freund von USA und BRD, Suharto (Hunderttausende getöteter KommunistInnen 1965, Beseizung des unabhängigen Osttimor mit 200.000 Toten 1975/76, etc.) nach wochenlangen Protesten von ArbeiterInnen und StudentInnen zurückgetreten. Viel geändert hat sich für das Gros der indonesischen Bevölkerung seither nicht. (junge Welt 10.09.98)

Myanmar (Birma): In der Hauptstadt Rangun demonstrierten Tausende StudentInnen gegen die seit 1988 regierende Militärjunta. In Birma sind die Studierenden neben den Angehörigen der sprachlichen Minderheit traditionell der aktivste Kern der Opposition. (junge Welt, 03.09.98)

Australien: In Melbourne demonstrierten Studierende gegen Einsparungen im Bildungsbereich und für die Gleichberechtigung von Frauen an den Hochschulen. Eine wichtige Rolle bei den vergangenen Protesten spielte Resistance, eine sozialistische Jugendorganisation. (DSP-list; Sozialistische Zeitung, 17.09.98)

Rußland: Um die Auszahlung ihrer Löhne zu erzwingen nahmen streikende Arbeiter eines Wärmekraftwerkes in der Region Primorje ihren Direktor, sowie zwei weitere leitende Angestellte des Werkes als Geiseln. Eine Anregung für konsequente Interessenvertretung auch für Studierende hierzulande? (junge Welt, 16.09.98)

Reaktionäre an der Uni

Die Feststellung, die StudentInnen seien alle links, stimmte noch nie. Zwar war es seit den 60er Jahren gelungen, die rechten Kräfte, welche an den Hochschulen präsent sind, an den Rand zu drängen, im Zuge der „geistig-moralischen Wende“ ab 1982 konnten sich diese jedoch wieder verstärken. An der Uni werden die beiden wichtigsten reaktionären Strömungen durch den „Ring Christlich-Demokratischer Studenten“ (RCDS) und das Milieu der Burschenschaften, studentischen Verbindungen und Korporationen repräsentiert. Letztere werden durch die Vereinigung „Unabhängigen Studenten“ „Pro Uni“ versität“ („Pro Uni“) im Studierendenparlament vertreten. Diese beiden Vereine präsentieren sich der Öffentlichkeit als „ein wenig rechts von der Mitte“ stehend, als Ausdruck einer studentischen Normalität und als Vertreter authentischer studentischer Interessen. Daß beide Gruppen in der Realität ganz andere Positionen haben, wird bei genauerer Betrachtung jedoch deutlich.

Sowohl „Pro Uni“ wie auch RCDS spielen sich als Vertreter eines „studentischen Gemeinwillens“ auf; dieser bestehe laut beiden in einer Ablehnung jeglicher fortschrittlicher Kritik an den und jeglichen Widerstandes gegen die gesellschaftlichen Zustände(n). Stattdessen sollen, wie beide Gruppen zur Zeit des letzten Streiks im Herbst/Winter 1997 forderten, die Studierenden jeglichen Angriff von Kapital und Staat auf ihre Arbeits- und Lebensbedingungen sprachlos bis freudig hinnehmen. Gleiches gilt auch für Zustände außerhalb der Universität; die/der Studierende, wie sie/ihn die Rechten wollen kann idealtypisch als DuckmäuserIn und BefehlsempfängerIn bezeichnet werden.

Daher verwundert es auch nicht, wenn der RCDS oder vergleichbare Gruppen an anderen Hochschulstandorten die dortigen fortschrittlichen ASten wegen der Wahrnehmung des allgemeinenpolitischen Mandats gerichtlich verklagen. Daß ASten, welche von RCDS und Kor-

wird als Angriff auf eine angebliche Homogenität eines „normalerweise harmonisch funktionierenden Volks- und Staatskörpers“, in welchem es nur ein von den gesellschaftlichen Eliten bestimmten „Gemeinwillen“ gibt, verstanden. Störenfriede werden in der konservativen Ideologie mit nichtfunktionalen Organen gleichgesetzt, welche vom Volks-/Staatskörper ausgeschlossen werden müssen. Auch wenn konservative Kräfte anführen, sie würden hiermit die Interessen aller vertreten, so vertreten sie in der Realität immer die Interessen der ökonomisch und politisch Mächtigen.

Auch pflegen Gruppen wie der RCDS und „Pro Uni“ gute Beziehungen zu anderen Organisationen, welche im Bewußtsein der Öffentlichkeit noch weiter rechts stehen (nicht jedoch tatsächlich, da „normale

Konservative“ sich in aller Regel in der Form, nicht jedoch im Inhalt von diesen als noch weiter rechts stehend angesehenen Kräften unterscheiden). Der RCDS Hamburg lud zum Beispiel im Wintersemester 1997/98 bezeichnenderweise zwei führende rechte Intellektuelle zu Vorträgen ein. Zum einen referierte Ansgar Graw zum Thema „Political Correctness“. Ansgar Graw ist Mitglied der am rechten Rand des Vertriebenenspektrums stehenden „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen“ (JLO), welche sich vor allem durch die Forderung einer Grenzrevision gegenüber Polen und Rußland, durch Rassismus und durch die Verharmlosung nationalsozialistischer Verbrechen auszeichnet. Desweiteren ist Graw häufiger Autor in reaktionären Blättern wie „Junge Freiheit“, „Criticon“ und „Mut“. Ein weiterer



porierte beherrscht waren, in ihren Glanzzeiten vor 1968 in einem rechten Sinne selber allgemeinpolitisch aktiv waren (Unterstützung der Vertriebenenverbände, „Deutschlandreferate“, Fackelzüge zur „Zonengrenze“) wird dabei verschwiegen. Es geht halt nicht ums Prinzip, sondern um Inhalte!

Besonderes Haßobjekt der Rechten an der Uni sind die teilautonomen Referate (AusländerInnen, Frauen, Lesben, Schwule, Behinderte, Fachschaftsrätekonferenz), diesen wird vorgeworfen, daß hier „studentische Gelder für Minderheiten verschwendet werden“ würden. Der tatsächliche Grund für diese Feindschaft liegt im konservativen Weltbild dieser rechten Gruppen; die unabhängige Interessenvertretung von Mehrheiten oder Minderheiten gegenüber Kapital, Staat, Hochschulleitung, etc.

Fortsetzung Seite 6



des StuPa halten sich die Mitglieder von „Pro Uni“ jedoch mit Äußerungen zurück. Sie wissen warum!

Neben dem RCDS und dem durch „Pro Uni“ repräsentierten Milieu tummeln sich noch weitere derartige Kräfte unter den Studierenden; christliche und islamische

Gast des RCDS war Ulrich Schacht, welcher Kandidat des rassistischen, einen brutalisierten, vollkommen deregulierten Kapitalismus fordernden „Bund Freier Bürger“ (BFB) bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen 1997 war. Der BFB kann als Ableger der „Freiheitlichen“ des österreichischen Rechtspopulisten Jörg Haider bezeichnet werden. Auch Schacht arbeitet als Autor für diverse reaktionäre Magazine. Der RCDS Kiel ist schließlich über Doppelmitgliedschaften mit völkischen Vereinigungen wie der „Deutschen Hochschulgilde“ und dem „Bund Heimat-treuer Jugend-Der Freund“ verbunden.

„Pro Uni“ ist ein Ableger der schlagenden Verbindung „Corps Irminsul“ im „Weinheimer Senioren Convent“ (WSC). Corps, welche dem WSC angehören zeichnen sich zumeist durch ein ausgeprägtes „Elitebewußtsein“ aus, in dem antidemokratische Tendenzen mindestens latent vorhanden sind. Mitglieder dieses Corps hatten bisher keine Probleme mit offenen reaktionären und faschistischen Kräften, so innerhalb der Gruppe „Uni Aktiv“, zusammen zu arbeiten und müssen daher zu den selbigen gezählt werden. Innerhalb von „Uni Aktiv“ arbeiteten neben Mitgliedern des „Corps Irminsul“ auch Angehörige der teilweise offen neofaschistisch auftretenden Burschenschaft Germania, des reaktionären Verbindungsdachverbandes „Coburger Convent“, des völkisch-religiösen „Hamburger Heidenkreises“ und des neurechten Netzwerkes „Synergies Européennes“ mit. Fast überflüssig ist es, zu erwähnen, daß die männlichen Mitglieder von „Pro Uni“ militäristischen Reservistenverbänden angehören. Bei Sitzungen

FundamentalistInnen, die der Naturgesetzpartei des Maharishi Mahesh Yogi nahestehende Naturgesetz-Hochschulgruppe, offene Neonazis innerhalb und außerhalb der Burschenschaften, etc.. Aber auch unter den Lehrenden gibt es Personen, welche reaktionäre Positionen beziehen. Zu nennen sind hier die am Institut für Humanbiologie gelehrt rassistischen und biologischen Inhalte und die vom Professor für Geographie, Eckhard Grimmel, vertretene „Freiwirtschaftslehre“ von Silvio Gesell, welche vor allem antisemitische und biologistische Elemente enthält.

In sozialen, ökonomischen und ökologischen Krisenzeiten kommt es häufig, wenn keine sichtbare und glaubwürdige linke Alternative vorhanden ist, dazu, daß sich vor allem enttäuschte AnhängerInnen bürgerliche Parteien und Angehörige der

che objektiv oder subjektiv von sozialer Deklassierung bedroht sind, zu AnhängerInnen reaktionärer Utopien von einer „harmonischen Volksgemeinschaft“ entwickeln und sich politisch nach rechts wenden. Sie bilden die soziale Basis für eine reaktionäre Mobilisierung, welche sich gegen die von ihnen als bedrohliche Fremdkörper klassifizierte Gruppen (MigrantInnen, Linke, Schwule/Lesben, etc.) richtet. Diese reaktionäre Bewegung läßt sich zu gerne von der herrschenden Klasse, der Bourgeoisie bei Bedarf als Rammbock gegen die emanzipatorischen und linken Kräfte und die sozialen Interessen der ArbeiterInnenklasse verwenden. Gruppen wie der RCDS und „Pro Uni“ können als Keime einer solchen reaktionären Mobilisierung im studentischen Milieu betrachtet werden, welchen entschieden entgegenzutreten wert muß. Gerade in Zeiten wie diesen, in denen die Mehrheit der Studierenden auf Grund schlechter Studiensituation und Berufschancen Deklassierungsängste entwickelt, kann es derartigen Kräften gelingen, eine stärkere Basis unter den Studierenden zu erlangen. Vor allem gilt es momentan zu verhindern, daß derartige Kräfte Einfluß auf einen ASTA gewinnen.

Die gemeinsame Aufgabe der AntifaschistInnen an der Uni wie auch in der Gesellschaft insgesamt muß zum einen darin bestehen, sich den reaktionären unmitteldbar entgegenzustellen und über deren reaktionäre Ansätze zu informieren. Zum anderen wird jedoch ohne eine quantitativ und qualitativ gestärkte, gesellschaftskritische und radikale Linke, welche aktiv für eine sozialistische Alternative zu den herrschenden Zuständen kämpft, ein effektiver antifaschistischer Kampf nicht möglich sein.



Mittelklasse, aber auch Angehörige anderer Klassen und Schichten, wel-



Studierendenkämpfe international



Nicht nur in der BRD gerieten Studierende in Bewegung. In den letzten Jahren kam es in einer ganzen Anzahl von Ländern zu Protesten mit einer fortschrittlichen Stoßrichtung. Ob 1995 in Frankreich, 1997 in Portugal, 1997/98 in Italien oder jetzt aktuell in Britannien und Australien, die Bilder gleichen sich. Es ist zu erkennen, daß zumindestens die Studierenden in den reichen imperialistischen Ländern ähnlichen Herausforderungen entgegentreten bzw. entgegentreten. Dies läßt sich an drei wesentlichen Punkten festmachen.

Zum ersten kommt es zu einer verstärkten Selektion unter den Studierenden. Durch Studiengebühren und Zugangsbeschränkungen wird die Anzahl derjenigen, welche überhaupt studieren dürfen, verringert. Weiterhin wird durch vermehrte Leistungsüberprüfungen (*Credit Point System*), Teilung des Studiums in berufsbildende Schmalspursstudiengänge und wissenschaftliche Aufbaustudiengänge und Regelstudienzeiten herausgefiltert, wer eine qualifizierte wissenschaftliche Ausbildung genießen darf. Wer nicht genügend Geld hat oder (aus welchen Gründen auch immer) nicht die erforderlichen Leistungen in der vorgegebenen Zeit bringen kann, der/die soll auch nicht mehr studieren dürfen. Zweitens kommt es zur Einführung von betriebswirtschaftlichen Managementstrukturen (*New Public Ma-*

nagement) an den Universitäten bei gleichzeitiger Entmachtung der von den Universitätsangehörigen gewählten Verwaltungsgremien. Schließlich ist der Rückzug des Staates aus der Finanzierung der Hochschulen festzustellen; statt dessen kommt es zu vermehrter Drittmittelförderung durch Unternehmen. Dies führt zu einem noch stärkeren, unmittelbaren Einfluß von Kapitalin-

nach demontiert. Bildung, Sozialleistungen, kulturelle Einrichtungen, etc. werden betriebswirtschaftlichen Rentabilitätskriterien unterworfen und so den Bedürfnissen des Kapitals angepaßt. Auch die Hochschulen sollen billiger werden und nur noch ökonomisch verwertbare AbsolventInnen und Forschungsergebnisse präsentieren, da nur dies für das Kapital profitabel ist.



teressen auf den Inhalt von Forschung und Lehre. Wissenschaftsinhalte welche nicht ökonomisch verwertbar oder gesellschaftskritisch sind werden tendenziell von den Hochschulen verschwinden.

Diese Entwicklungen sind nicht allein auf die Hochschulen bezogen, sie sind vielmehr Ausdruck einer gesamtgesellschaftlichen Tendenz. Überall werden auf Grund der Schwäche der Linken, der ArbeiterInnenbewegung und anderer sozialer Bewegungen in den letzten zwanzig Jahren die erkämpften sozialen Errungenschaften nach und

Dieser Kampf gegen die allgegenwärtige Bildungspolitik des Kapitals sollte jedoch nicht nur die Sache der jeweiligen Studierenden in den einzelnen Ländern sein. Erfolgreich können wir nur sein, wenn wir der internationalen Dimension des Angriffes auch Gegenwehr auf internationaler Ebene entgegensetzen. Informationsaustausch, eine internationale Koordination der linken Studierenden sowie die geplante Mobilisierung von SchülerInnen und Studierenden im Juni 1999 nach Köln (G8- und EU-Gipfel) bieten hierzu Möglichkeiten. Auch dürfen wir uns nicht von anderen gesellschaftlichen Bereichen losgelöst betrachten. Wie die vergangenen Kämpfe gezeigt haben, sind Erfolge nur zu erreichen, wenn wir mit anderen sozialen Bewegungen und Organisationen (fortschrittliche Gewerkschaften, antirassistische Initiativen, MigrantInnenorganisationen, Frauenbewegung, etc.) zusammen kämpfen - in der BRD und international.

Aktiv werden! Mach mit bei JUKO-AMS!

Treffen:

jeden Freitag, 16 Uhr, im RomanistInnen-Café, Phil-Turm, 7. Stock



Anschauung & Sinnlichkeit?

Fortsetzung von Seite 1

Immer wieder werden wir gefragt, was dieser Name unserer Zeitung soll. Sogar „Kuschel-Anarchos“ nannte uns mal irgendwer in einem anonymen Fax deswegen.

Erstmal finden wir den Namen hübsch. Das ist das Wichtigste. „Ganz nebenbei“ hat er aber auch noch ganz konkrete Bedeutung im Marxismus, in den Werken von Marx und Engels. Sinnlichkeit bezeichnet hier sowohl die sinnliche Anschauung des (sinnlich-natürlichen) Objekts, als auch die sinnlich praktische Tätigkeit. Der Mensch eignet sich sein allseitiges Wesen auf eine allseitige, d.h. sinnliche, geistige und praktische Art an. Doch unter der Herrschaft des Privateigentums, im Kapitalismus also, tritt an die Stelle aller physischen und geistigen Sinne das Haben als die Entfremdung aller dieser Sinne. Erst die Aufhebung dieser Entfremdung durch die Aufhebung des Privateigentums, durch die kommunistische Gesellschaft, ist die vollständige Emanzipation der menschlichen Sinne. ♦

„Der Mensch eignet sich sein allseitiges Wesen auf eine allseitige Art an, also als ein totaler Mensch. Jedes seiner menschlichen Verhältnisse zur Welt, Sehn, Hören, Riechen, Schmecken, Fühlen, Denken, Anschauen, Empfinden, Wollen Tätigsein, Lieben, kurz, alle Organe seiner Individualität, wie die Organe, welche unmittelbar in ihrer Form als als gemeinschaftliche Organe sind, sind in ihrem gegenständlichen Verhalten oder in ihrem Verhalten zum Gegenstand die Aneignung desselben.“

ABER:

„Das Privateigentum hat uns so dumm und einseitig gemacht, daß ein Gegenstand erst der unsrige ist, wenn wir ihn haben, also als Kapital für uns existiert oder von uns unmittelbar besitzen, gegessen, getrunken, an unserem Leib getragen, von uns bewohnt etc., kurz, gebraucht wird. [...] An die Stelle aller physischen und geistigen Sinne ist daher die einfache Entfremdung aller dieser Sinne, der Sinn des Habens getreten.“

(MEW-Ergänzungsband 1, S. 539f.)

der Menschen entgegen. Wir stehen für Bildung für alle - gegen Studiengebühren (in welcher Form auch immer), Numerus Clausus und andere Zulassungsbeschränkungen. Wir wollen eine radikale Verbilligung des Semestertickets, bis hin zum Nulltarif in den öffentlichen Verkehrsmitteln - und zwar für alle! Wir stellen uns gegen Nazis, Rassisten und andere Reaktionäre und beteiligen uns an antifaschistischen Aktivitäten.

Weitere Felder unserer Arbeit in Theorie und Praxis sind die Beschäftigung mit marxistischer Theorie, die Kritik des Patriarchats, Internationalismus und die Kritik der Verkehrspolitik.

Die Mehrzahl der StudentInnen muß bereits heute ihre Arbeitskraft verkaufen, um über die Runden zu kommen. Und auch nach dem Studium ist die große Mehrzahl von uns darauf angewiesen. Deshalb reicht es nicht, unseren Protest auf die Hochschulen zu beschränken - wir brauchen die enge Zusammenarbeit mit der ArbeiterInnenklasse und ihren Organisationen.

Aktuelle Informationen im Internet:

<http://www.rrz.uni-hamburg.de/juko/>

„Mie-en-le nannte viele Bedingungen für den Umsturz. Aber er wußte keine Zeit, wo nicht an ihm zu arbeiten war.“

(B. Brecht, in: Me-ti, Buch der Wendungen)



Assoziation
Marxistischer
StudentInnen
Hamburg

JUKO-AMS

JUKO-AMS
Lindenallee 72
20259 Hamburg
e-mail: juko@rrz.uni-hamburg.de
<http://www.rrz.uni-hamburg.de/juko>

JUKO-AMS trifft sich jeden
Freitag ab 16 Uhr im
RomanistInnen-Café, Phil-
Turm, 7. Stock